

Hartel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit - wozu?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartel, Hans-Hagen (1982) : Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit - wozu?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 7, pp. 310-311

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135693>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – wozu?



Seitdem die hohen Defizite in der Leistungsbilanz verschwunden sind und für die Handelsbilanz wieder Rekordüberschüsse gemeldet werden, hat das Thema „Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ in der wirtschaftspolitischen Diskussion an Aktualität verloren. Auch die Furcht vor der japanischen Herausforderung hat nachgelassen. Die Importe aus Japan sind in den ersten vier Monaten 1982 um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr gesunken, die deutschen Exporte nach Japan um 15,6 % gestiegen, und aus dem scharfen Konkurrenzkampf um die Inlands- und Auslandsmärkte bei Automobilen sind die deutschen Hersteller gestärkt hervorgegangen: Die Exportüberschüsse bei Kraftfahrzeugen, die schon im Jahr 1981 um 12 Mrd. DM auf 44 Mrd. DM gestiegen waren, erreichten in den ersten vier Monaten 1982 – auf das Jahr hochgerechnet – einen Wert von 54 Mrd. DM.

Zur Euphorie besteht derzeit allerdings ebensowenig Anlaß, wie die Panikstimmung berechtigt war, die sich im Jahr 1980 ausbreitete, als die Leistungsbilanz das höchste Defizit aller Industrieländer aufwies. Damals diagnostizierte man vielfach für die deutsche Wirtschaft eine Wettbewerbsschwäche, die nicht zuletzt auf die vorausgegangene Aufwertung der D-Mark zurückgeführt wurde. Eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit hätte sich aber wohl in einem Rückgang des Außenhandelsüberschusses bei Fertigwaren niederschlagen müssen, da die deutschen Unternehmen hauptsächlich bei diesen Gütern mit dem Ausland konkurrieren. Tatsächlich hat sich aber der Exportüberschuß bei Fertigwaren zwischen 1978 und 1980 weiter von 109 Mrd. DM auf 117 Mrd. DM erhöht. Offensichtlich verfügte die deutsche Industrie im Durchschnitt auch damals noch über genügend Wettbewerbsvorteile, daß sie die wechselkursbedingte Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition verkraften konnte. Daß sich dennoch gleichzeitig der Überschuß in der Leistungsbilanz von 18 Mrd. DM in ein Defizit von 30 Mrd. DM verwandelte, resultierte aus der Erhöhung der Defizite bei Rohstoffen und Halbwaren sowie bei Dienstleistungen und Übertragungen. Die Passivierung der Leistungsbilanz hätte man demnach nicht darauf zurückzuführen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geschwächt worden war, sondern darauf, daß sie sich nicht so stark verbesserte, wie es zur Kompensation der defizitären Positionen nötig gewesen wäre.

Diese Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist inzwischen eingetreten, allerdings nur zum Teil dadurch, daß das deutsche Produktionsassortiment attraktiver gemacht und die Kosten durch verstärkte Produktivitätsfortschritte gesenkt wurden. Zum Teil bedurfte es einer kräftigen realen Abwertung unserer Währung; der Kurs der D-Mark ist gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund absolut gefallen und gegenüber den meisten anderen Währungen weniger gestiegen als es zum Ausgleich der Kosten- und Preiserhöhungsdifferenzen nötig gewesen wäre. Die reale Abwertung senkte zwar die deutschen Lohnkosten im internationalen Vergleich, bedeutete aber auch eine Verminderung der heimischen Realeinkommen zugunsten des Auslandes, da die Bundesrepublik für die gleiche Menge an Importgütern mehr Güter an das Ausland liefern mußte. Überdies stehen die deutschen Exporterfolge noch nicht auf einer stabilen Basis, wie der starke Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland in den letzten drei Monaten zeigt.

Für die künftige Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit lassen sich aus den außenwirtschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren zwei Erkenntnisse gewinnen.

Zum ersten: Die wirtschaftspolitischen Instanzen sowie die Öffentlichkeit sollten auf die Entwicklung der Leistungsbilanz gelassener als bisher reagieren. Veränderungen der Salden in der Handels- und Leistungsbilanz besagen wenig über die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft oder gar einzelner Wirtschaftszweige. Sie bringen auch keinen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf mit sich, denn sofern sich in ihnen tatsächlich strukturelle Ungleichgewichte ausdrücken, werden sie über kurz oder lang durch Wechselkursbewegungen korrigiert. Die rasche Reaktion der Außenhandelsströme auf die reale Abwertung zeigt, daß die deutsche Wirtschaft ihre Angebotsstruktur flexibel anzupassen vermag und ihre Absatzchancen wahrnimmt. Soweit also die internationale Wettbewerbsfähigkeit nur im Zusammenhang mit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht diskutiert und nur danach gefragt wird, ob die deutsche Wirtschaft genügend Exporte erwirtschaften kann, um ihre Importe bezahlen zu können, braucht sich die Wirtschaftspolitik nur darum zu kümmern, daß die Wechselkurse zumindest auf mittlere Sicht beweglich genug bleiben.

Zum zweiten: Entgegen der bisherigen Erfahrung, nach der die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik maßgeblich von der Auslandsnachfrage bestimmt wird, hat sich die Exportentwicklung in den letzten Jahren nicht als der wesentliche Einflußfaktor für die Konjunktur erwiesen. In den Jahren 1978 und 1979 kam es zu einem Aufschwung und zu einer Zunahme der Beschäftigung sowie einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, obwohl die Ausfuhr nur mäßig, die Einfuhr dagegen kräftig zunahm. Im Jahr 1981 hat dagegen die gesamtwirtschaftliche Produktion stagniert, obwohl die reale Ausfuhr von Waren und Diensten um 9 % gestiegen ist. Die Umkehrung des traditionellen Musters hängt damit zusammen, daß außenwirtschaftliche Faktoren wirksam waren, die die Auslandsnachfrage und die Binnennachfrage in entgegengesetzter Richtung beeinflußt haben. In der Aufschwungphase war es der Vertrauensgewinn, den die deutsche Währung bei den internationalen Anlegern insbesondere gegenüber dem Dollar erzielte. Dies schlug sich in Kapitalzuflüssen nieder, die zwar zu einer Aufwertung und damit zu einem Anstieg des Lohnkostenniveaus im internationalen Vergleich führten, die aber gleichzeitig in der Bundesrepublik für niedrige Zinsen und für sinkende Rohstoffkosten sorgten. Und im Jahre 1981 war es – neben der amerikanischen Hochzinspolitik – der Vertrauensverlust, der zwar zu einer kräftigen Abwertung der D-Mark und damit zu einer Stimulierung der Exporte führte, gleichzeitig aber die Bundesbank zur monetären Restriktion veranlaßte und den Anstieg der Rohstoffkosten verstärkte.

Nicht zu vergessen für die wirtschaftliche Entwicklung sind schließlich die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Im Jahr 1978/79 stiegen die Reallöhne schwächer als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, danach jedoch stärker. Dies zeigt wiederum, daß es nicht darauf ankommt, die deutschen Lohnkosten unter die des Auslandes zu drücken, sondern darauf, durch Begrenzung des Lohnkostenanstiegs eine Verbesserung der Rentabilität zu ermöglichen, die eine von Investitionen getragene Belebung der Binnennachfrage in Gang setzt. Die außenwirtschaftliche Begründung für niedrige Lohnabschlüsse wie auch für andere Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen – Förderung der Investitionen, Verminderung der Risiken, Konsolidierung der Staatsfinanzen – liegt woanders: Sie sollen Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und in die deutsche Wirtschaftspolitik schaffen und damit die Aufwertungserwartungen erzeugen, die es den ausländischen Anlegern attraktiv erscheinen lassen, D-Mark-Anlagen auch bei niedrigen Zinsen zu halten.

Die Verbesserung der Investitionsbedingungen dient aber auch dazu, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu erhöhen. Es kann dabei nicht darum gehen, möglichst hohe Exportüberschüsse zu erreichen und die heimischen Beschäftigungsprobleme zu Lasten des Auslandes zu lösen. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit zielt vielmehr darauf ab, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht mit möglichst wenig Abwertung, also mit möglichst wenig Realeinkommenseinbußen zu erreichen. Eine Abwertung regt zwar die deutschen Exporte an, vermindert aber auch die inländischen Realeinkommen und geht damit zu Lasten der Binnennachfrage. Je mehr sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht auf Abwertung, sondern auf die Produktqualität und auf Produktivitätsfortschritte stützt, desto größer sind auch die Chancen für Wachstum und Beschäftigung.